

**Antwort auf das Postulat vom 10. Mai 2006
der PDC-Abgeordneten des Bezirks Siders, durch Grossrat Christophe
Lamon (Suppl.) und Mitunterzeichnende,
betreffend Abänderung des Energiegesetzes hinsichtlich einer Optimierung
der Produktion, Bewirtschaftung und Nutzung der Energiequellen im
Wallis (10.05.2006)
(2.047)**

Zusammenfassung

Gemäss Gemeindegesetz (Art. 6 Bst. m) ist die Energieversorgung Sache der Gemeinden. In diesem Sinne nehmen die Gemeinden auf Anregung der Dienststelle für Energie hin die Planung der Energieversorgung vor.

Demnach müssten die Gemeinden die Stromversorgung ihres Gebiets in den Erschliessungskonzepten und -plänen und insbesondere im Energieversorgungsplan erläutern.

Ausserdem sieht das Energiegesetz vom 15. Januar 2004 in Artikel 7 bereits vor, dass die kantonale Energiepolitik vom Staatsrat festgelegt wird.

Der Grosse Rat hat sich im Bereich der Raumplanung folgendes Ziel gesetzt: *„Schaffen von günstigen Bedingungen zur Sicherstellung der Energieproduktion im Hinblick auf die Erfüllung der Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft unter Bevorzugung der erneuerbaren Energieträger* (siehe Entscheid über die Raumplanungsziele vom 2. Oktober 1992 - Raumplanungsziel G.1).

Wie es im Postulat unterstrichen wurde, erfordert die Energieproblematik tatsächlich einen ganzheitlichen Ansatz. In diesem Zusammenhang muss das Blatt G.2/1 „Energieversorgung“ des kantonalen Richtplans aktualisiert werden. Die im Postulat vorgeschlagenen Massnahmen werden im Rahmen dieser Aktualisierung als Denkanstösse dienen und gegebenenfalls ins Blatt aufgenommen.

Der Optimierung der Energieversorgung muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es müssen überzeugende Lösungsansätze für die Schaffung der nötigen Infrastrukturen und die Reduktion des Energiebedarfs gefunden werden.

Diese Optimierung sollte insbesondere folgende Punkte betreffen:

- Entwicklung der verschiedenen Energieversorgungsquellen (Gas, Fernwärmenetz, Strom),
- Nutzung der Abwärme aus den KVA und der Industrie,
- Anreiz zur Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien,
- Förderung einer dezentralisierten Stromproduktion,
- Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäude.

Das Postulat wird im Sinne der Antwort angenommen.

Sitten, den 17. November 2006